

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzeln: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: R. Möffe, Haacke & Vogler, G. L. Daube,
 Inhabitant, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerschmann,
 Oberfeld W. Thiemer, Großschmied G. Jüles, Halle a. S.
 Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
 William Witten, In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
 Heinrich Glaser, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Großherzog Friedrich Franz III.

Nachdem der Großherzog von Mecklenburg zwei Nächte hindurch schlaflos zugebracht, fand der Kräftezustand desselben am Sonnabend fortgesetzt, die Schwäche der Herzthätigkeit trat immer mehr hervor. Gestern Morgen meldete uns ein Telegramm, daß der Großherzog am Sonnabend Abend 8 Uhr 40 Minuten in Cannes an Herzlähmung verschieden ist.

Großherzog Friedrich Franz III. wurde am 19. März 1851 als ältester Sohn des Großherzogs Friedrich Franz II. geboren, dem er am 15. April 1883 in der Regierung folgte. Seit dem 24. Januar 1879 war derselbe vermählt mit Anastasia, Tochter des Großfürsten Michael von Rußland, geboren 28. Juli 1860. Aus dieser Ehe sind entsprossen die Herzogin Alexandrine (geb. 24. Dezember 1879) und der Großherzog Friedrich Franz (geb. 9. April 1882) und die Herzogin Cecilie (geb. 20. September 1886).

Die Beisetzung des Verstorbenen findet in Ludwigslust im Mausoleum der im Jahre 1803 verstorbenen Großherzogin Selene Paulowna statt. — Wie im „Regierungsblatt“ veröffentlicht wird, ist die Landestrauer auf 6 Wochen festgesetzt; Schauspiele und Tanzmusik sind bis zu dem Tage nach der Beisetzung verboten. Die Truppen sind gestern Mittag auf den Großherzog Friedrich Franz IV. und den Regenten Herzog Johann Albrecht vereidigt worden.

Der Kaiser, welcher am Sonntag früh den mecklenburgischen Gesandten bereits um 7 1/2 Uhr empfing und von diesem als Vertreter seiner Regierung die Meldung von dem Tode entgegennahm, ist tief erschüttert und betrauert in dem Dahingegangenen einen Verwandten und Fürsten, von dem er stets sehr viel gehalten hat. Der Kaiser erließ sofort die nötigen Befehle wegen der Aufgabe der Hoftrauer, außer welcher noch eine besondere Trauer für das Infanterie-Regiment Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin (4. brandenburgisches) Nr. 24, für das 1., 3. und 4. Bataillon des großherzoglich-mecklenburgischen Grenadier-Regts. Nr. 89, für das 1. großherzoglich-mecklenburg. Dragoner-Regiment Nr. 17 und für das hannoversche Husaren-Regiment Nr. 15, deren Chef der verwitwete Großherzog gewesen, und für das Garde-Muskul-Regiment, bei dem derselbe Dienste gethan und bisher à la suite geführt wurde, befohlen wird.

Die Beisetzungsfest des verstorbenen Staatssekretärs von Stephan.

□ Berlin, 11. April.

Die Beisetzung des verstorbenen Staatssekretärs Dr. von Stephan hat heute Mittag 1 1/2 Uhr in überaus feierlicher Weise stattgefunden. Der Lichtofen des Neubaus des Reichspostamts war in großartiger Weise mit schwarzem Tuch, Flor, Kränzen und Standelabern dekoriert. Ueber dem Katafalk befand sich eine trauernde weibliche Gestalt, die den Kopf in schmerzlicher Wechsellage auf die Brust senkte. Die Beisetzung, die die Gallerien füllten, waren mit den Fahnen aller derjenigen Staaten geschmückt, die dem Westpostverein beigetreten sind. Morgens gegen 1/2 8 Uhr wurde der Sarg aus dem Arbeitszimmer des Heimgegangenen nach der Stube des Lichtofens getragen und darauf aufgebahrt. In Häupten des Sarges lagen die Kränze des Kaiserpaars, des Königs von Sachsen, des Prinzregenten von Bayern, des Reichstanzlers Fürsten Hohenlohe, der Städte Hamburg, Bremen und Frankfurt a. M. Die Blumenpendeln der Familie wurden auf dem Sargdeckel platziert. In Füßen des Sarges und auf den Sarg auf den Sarg wurden gleichfalls Kränze und Blumenarrangements niedergelegt. Die Ordensketten lagen auf Tabouretts zu beiden Seiten des Sarges. Kostbar waren die Spenden, die vom Fürsten von Bulgarien, vom König von Serbien, vom König von Rumänien und von der Firma G. A. Krupp in Essen eingegangen waren. Vor Beginn der Trauerfeier füllte sich der Lichtofen mit den zur Feier geladenen Personen. Es wurden u. A. bemerkt: Reichstanzler Fürst Hohenlohe, die Minister Thielens, Boffe, von Büttcher, Preisend, von Miquel, Staatssekretär von Marschall, der sächsische Gesandte Graf Hohenhausen, der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld, Oberbürgermeister Jelle, Stadtordnenrath von Wittenberg, Dr. Langerhans, Polizeipräsident von Wittenberg, Staatsminister a. D. von Dehnbach, Prinz Arenberg, Geh. Rath von Luccas, Professor von Bergmann und der hiesige Reichstagsabgeordnete von Schöppel-Moritz. In der Stube nahmen die eingeladenen Personen Platz, in der ersten Etage die hohen Hofbeamten mit ihren Damen, in der zweiten Etage die Unterbeamten. Die Angehörigen des Verstorbenen saßen links vom Sarge. Um 12 Uhr 40 Minuten trat das Kaiserpaar am Reichspostgebäude ein. Sofort nach seinem Eintritt in den Lichtofen ging die Kaiserin auf die Witwe des Verstorbenen zu und reichte derselben die Hand, desgleichen auch den Töchtern. Der Kaiser, der ebenfalls sich zu Frau von Stephan begab, richtete Trostesworte an dieselbe und wandte sich sodann zum Fürsten Hohenlohe, dem er die Hand reichte und sich kurze Zeit mit ihm unterhielt. Die Kaiserin war in tiefer Trauer ersunken, der Kaiser in der Uniform des 1. Garderegiments z. F. Nachdem das Kaiserpaar rechts vom Sarge Platz genommen, begann die Feier mit Gesang. Hierauf sprach Oberkonsistorialrath D. Dryander das Gebet. Die Leichenrede, in welcher der Verstorbene wiederholt als treuer fester Hausvater bezeichnet und in der die großen Verdienste des Heimgegangenen bezeugt wurden, hielt gleichfalls Oberkonsistorialrath D. Dryander. Nach Schluß derselben ertönte wiederum feierlicher Gesang und Oberkonsistorialrath D. Dryander sprach das Schlußgebet. Nachdem das Kaiserpaar sich von der Stube, von den Töchtern und vom Schwiegerhause, dem Hauptmann von Apollis verabschiedet hatte, entfernte es sich und begab sich in das Schloß zurück. Unterdessen hatte sich in der Leipzigerstraße der Zug formiert. Mehr als 7000 Postbeamte hatten sich in der Wilhelmstraße aufgestellt und marschirten dem Leichenzuge voran.

Es folgte die Musikkapelle der Postkasse; dann kamen wiederum Postbeamte, dann der Pfälzerchor der Unterbeamten des Postzeitungsamts, Post- und Telegraphenbeamte aus Berlin, Deputationen von Post- und Telegraphenbeamten aus den Provinzen, Unterbeamte des Reichspostamts mit Palmenzweigen, die Träger der Orden des Verstorbenen, der Leichenwagen, der in prachtvoller Weise mit Kränzen und Blumenarrangements geschmückt war und von vier schwarz behangenen Pferden gezogen wurde. Es folgten drei Wagen mit den Kränzen. Direkt hinter denselben fuhr der Wagen des Kaisers und der Kaiserin, die Wagen der Angehörigen des Reichspostamts und der Wagen des Geistlichen. Den Schluß des Zuges bildeten Abordnungen der Firmen Siemens u. Halske und Weiz u. Gense. Auf dem Freifahrtsweg der Postkassen, konnten nur wenige der Teilnehmer an dem Leichenzuge der Beisetzung beisehnen; die Zahl der Greiter war zu groß. Nachdem der Geistliche am Grabe das Gebet gesprochen, wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Der ganze Zug, den der Leichenzug passirte, war von einer dichten Menschenmenge eingefäumt.

Zur Bewegung auf Kreta.

Die „Kretische Zeitung“ schreibt: An der griechisch-türkischen Grenze ist es zu einem Blutvergießen gekommen; griechische Freischaren sind in türkisches Gebiet eingedrungen, dagegen scheint nicht, daß griechische Truppen sich denselben angeschlossen haben. Vor zwei Monaten hätten diese Grenzverletzungen einen bedrohlichen Charakter für den europäischen Frieden haben können, heute vermögen wir ihnen diesen bedrohlichen Charakter nicht mehr beizumessen, denn seitdem steht zunächst fest, daß die am meisten an den Ereignissen im Orient beteiligten europäischen Mächte nicht die Absicht haben, die Griechen in ihrem völkerrückwärtigen Vorgehen zu unterstützen oder gar direkt in einen griechisch-türkischen Kampf mit Waffengewalt sich einzumischen. Namentlich aus Rußland liegen unzweideutige Wahrnehmungen vor, daß das Ausspielen des Schutzes für das griechische Christenthum dort in der öffentlichen Meinung keine Aussicht auf Erfolg haben wird und daß die Stellung des slavischen Wohlthätigkeitsvereins, dessen Seele noch immer General Ignatiev ist, bei der kühnen Auffassung, die bei der Regierung und den gebildeten Klassen vorherrscht, heute nur noch der Schatten derjenigen Macht ist, die es ihm möglich machte, Rußland zum letzten türkischen Kriege hinzutreiben. Andererseits haben wir auch in den letzten Wochen beobachtet können, daß die Mächte vollen Nachdruck entfalten haben, um die anderen Balkanstaaten, Serbien und Bulgarien, von jeder Einmischung und von jedem Vorgehen abzuhalten. Die Nachrichten, die aus Sofia und Belgrad vorliegen, bestätigen übereinstimmend, daß diese Vorkommnisse der Mächte dort lebhaften Widerspruch gefunden haben und auf vollen Erfolg rechnen können. So erscheint es als ausgeschlossen, daß der blutige Zusammenstoß, der jetzt an der thessalischen Grenze stattgefunden, eine andere als örtliche Bedeutung gewinnen wird, selbst dann, wenn aus diesem Vorgehen bewaffneter Vandalen sich ein Kampf zwischen griechischen und türkischen Truppenmassen entwickeln sollte. Die Stellung der Mächte ist genügend gekennzeichnet durch die vor einigen Tagen in Konstantinopel und Athen abgegebenen gemeinsamen Erklärungen, daß dem Angreifer keinerlei Vorkaufsrecht aus seiner Friedenspflicht erwachsen soll. Für Griechenland wäre ein solcher Vortheil nur unter der Mitwirkung einer europäischen Macht zu erringen gewesen. Daß Griechenland, wenn auf seine eigenen Kräfte beschränkt, den Türken in Maceonien oder Epirus Boden abgewinnen sollte, darf man von vornherein als unwahrscheinlich zurückweisen. Die europäischen Mächte werden in Ruhe abwarten können, welche Wirkung der jetzige Vorfall haben wird, vielleicht wird er nicht ungeeignet sein, die Griechen zur Ruhe und Besonnenheit zurückzuführen, sobald sie einsehen werden, daß für sie in solchen Kämpfen keinerlei kriegerische Erfolge zu holen sind, daß sie sich sowohl über ihr eigenes Können, als über die Sympathien austauschen haben.

Vom „Kriegsschauplatz“ liegen folgende Mittheilungen vor:

Der Gchskommandirende der türkischen Truppen in Thessalien, Ehem Pascha, erhielt aus Konstantinopel den Befehl, mit einem Heere die griechische Grenze zu überschreiten, falls diese festgehalten würde, daß sich unter den griechischen Banden, welche in türkisches Gebiet eingedrungen sind, reguläre griechische Truppen befänden. Die türkischen Truppen ritten fortgesetzt gegen die griechischen Freischaren vor, welche sich bald zwischen drei Heeren befinden werden.

Nach einer Londoner Depesche verlautet, daß die Blokade des Meerbusens von Athen jetzt einstimmig beschlossen sei; alle Mächte werden zu dem Zweck ihren Gesandten Verstärkungen senden.

Wien, 11. April. Das „Fremdenblatt“ konstatirt, daß durch die Vorgänge an der thessalischen Grenze die Situation eine ernste geworden ist, verfährt aber zugleich, daß der Kriegszustand, wenn ein solcher wirklich ausbrechen sollte, auf die Türkei und Griechenland beschränkt werden würde. Dafür, daß er nicht weiter greife, werde gesorgt werden.

Paris, 10. April. Einer Meldung des „Petit Temps“ aus Athen zufolge fanden dort vorliegenden Nachrichten von zukünftiger Seite an mehreren Grenzpunkten Schärmschlachten statt. Die türkischen Truppen wurden überall zurückgeschlagen, angeblich in Folge der Ueberlegenheit der griechischen Artillerie. Die türkischen Vorkorpsen werden von den Griechen jernit.

Belgrad, 11. April. Die serbische Regierung trifft in Folge der Vorgänge an der thessalischen Grenze Vorbereitungen, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Ein hoher Würdenträger erklärte einem Berichterstatter, Serbien könne die bisher befolgte Friedenspolitik nur dann weiter aufrecht erhalten, wenn die Großmächte den blutigen Grausamkeiten der Albanesen und Türken in Mithras ein Ende machen würden.

Triest, 10. April. Der Angriff der Türken auf die Aufständischen begann, als die

letzte Abtheilung der Insurgenten in Stärke von 200 Mann die Grenze überschritt. — Die Türken verlangten Verstärkungen aus Korio (P) und richteten gleichzeitig eisdienende Vorkorpsen an die griechischen Stationen. Die griechischen Truppen beobachteten Mithrasität und schloßen erst, als sie angegriffen worden waren. Das Feuer zwischen den Truppen und den Insurgenten dauerte mehrere Stunden und erfolgte in einer Entfernung von einer Meile von der Grenze. Unverzüglich über den Ausgang des Kampfes ist noch nicht bekannt. Zwei griechische Insurgenten und drei italienische Freiwillige sollen getödtet worden sein. Ein Sergeant wurde verwundet.

Athen, 10. April. Dem Vernehmen nach sind strenge Befehle gegen worden, daß jeder neue Grenzkonflikt zwischen regulären Truppen vermieden werden solle. In antiken Kreisen wird erklärt, die Regierung habe nichts von dem Zuge der von der „Ghail Petra“ bewaffneten und ausgerüsteten Insurgenten gewußt; sie mache für die Feindseligkeiten in türkischen Posten verantwortlich, die letztere gewonnen hätten, das Feuer zu erwidern; man gebe inzwischen zu, daß die Lage äußerst gefährlich sei, da die Kämpfe zwischen den Insurgenten und den Türken unmittelbar an der Grenze stattfänden. — Das Kriegsministerium sieht in ununterbrochener Verbindung mit dem Skorpion und den übrigen griechischen Truppenführern in Thessalien.

Athen, 11. April. Nach den neuesten Mittheilungen sind die Kämpfe zwischen den türkischen und den griechischen Truppen in Folge beiderseitig ausgetauschter Erklärungen eingestellt worden. In der Stadt herrscht ungeborene Erregung. Die griechischen Truppen, welche durch die Türken angegriffen worden waren, schlugen sich äußerst tapfer und drängten die Türken auf der ganzen Linie zurück.

Athen, 11. April. Entem Vernehmen nach hörte das Feuer an der Grenze zwischen den türkischen und griechischen Posten gestern (Sonabend) Vormittag um 11 Uhr auf. Die Artillerie und die Gyzonen sollen hervorgetreten an dem Geschehe theilgenommen haben.

Aus dem Reiche.

Der „Frk. Ztg.“ wird aus Wiesbaden berichtet: Es bestätigt sich, daß der Kaiser Mitte Mai hierher kommen wird. Alles deutet darauf hin, daß der Monarch denkt, für die Folge längeren Aufenthalt hier zu nehmen. Zur Befestigung der Arbeiten und zur Feststellung der Räume im hiesigen Schloß, in welchen das Kaiserpaar wohnen wird, ist gestern Abend eine Abordnung von Hofbeamten aus Berlin hier angekommen. — Aus Wiesbaden wird berichtet: Der Kaiserpaar wird mit den kaiserlichen Kindern Anfang Mai nach Volzingen kommen und im Schloß Urvell wohnen. Der Aufenthalt soll von 8. bis 16. Mai dauern, und dabei vornehmlich die Einweihung des Augusta Viktoria-Stifts in Convent des vorgenommen werden. — Zu dem 50jährigen Jubiläum des Prinzen Albrecht von Preußen, Prinzregenten von Braunschweig, das bekanntlich am 8. Mai stattfindet, wird sich aus Eist eine aus mehreren Offizieren bestehende Deputation des dort garnisonirenden kaiserlichen Dragonerregiments Nr. 1, dessen Chef Prinz Albrecht ist, nach Braunschweig begeben. — Die Gesamtzahl der in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogenen Personen betrug nach der vom kaiserlichen Statistischen Amt mitgetheilten Statistik der Krankenversicherung am Ende des Jahres 1894 6 939 412 Personen, gegen 6 754 735 Ende 1893 und 4 294 173 Ende 1895. Von der Gesamtzahl der Erkrankten entfielen auf die Gemeindefrankenversicherung 1 163 462, auf die Ortskrankenkassen 3 109 100, die Betriebskrankenkassen 1 851 344, die Bauernkrankenkassen 19 658, die Jüngerkrankenkassen 84 680, die eingeschriebenen Waisenkassen 651 570 und die landesrechtlichen Waisenkassen 59 698 Personen. — Der Vorstand des sächsischen Städteverbandes trat am Sonnabend in Breslau zusammen, um Stellung zu nehmen gegenüber dem Erlass des Kultusministers vom 3. März bezüglich der Ordnung der Schulaufsicht. Man beschloß, beim Minister eine möglichst weitgehende Anwendung der im Erlass ausgesprochenen Grundsätze anzugehen. — Der Minister tritt in London hat in seiner jüngsten Sitzung für den Katholikentag einen außerordentlichen Kredit von 10 000 Mark bewilligt. — In der neuesten Nummer des „Königlichen Amtsangeigers“ der Diözese Trier wird im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten angeordnet, daß in 144 namentlich aufgeführten Pfarrengemeinden fernerhin eine kirchliche Gemeindevertretung nicht mehr zu bilden ist. — Die Rheinische Hypothekendarstellung in Mainz beginnt heute das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens. Mittags fand ein Festakt statt, welchen als Vertreter der bayerischen Regierung der Ministerialrat Braun beehrte. Der Großherzog hat den ersten Direktor Recht zum Geheimen Hofrath ernannt und dem zweiten Direktor Hilbrandt das Ritterkreuz 1. Klasse vom Bayerischen Löwenorden verliehen. Für die Beamtenhaft wurde ein Pensions- und Unterbienenfonds gegründet. Außerdem erhielten die Beamten noch Geschenke aus Anlaß des Geschäftsjubiläums.

Deutschland.

Berlin, 11. April. Der Kaiser wohnte am Sonnabend Abend einem Diner beim sächsischen Gesandten Grafen Hohenhausen bei. Er erschien um 7 1/2 Uhr mit den Flügeladjutanten Obersten v. Scholl und Graf Wollte. Anwesend waren u. A. noch Graf Reichard, General v. Hauffen, Oberst Graf Bittum, Generalleutnant von Pfaffen. Neben wurden während der Tafel nicht gehalten; das Gespräch drehte sich lediglich um das Gebiet der gesellschaftlichen Unterhaltung, ohne die Politik zu streifen. Nach dem Diner, welches 12 Uebere, blieb der Kaiser noch bis gegen Mitternacht in gemütlicher Unterhaltung mit den übrigen Herren zusammen und verließ erst gegen 11 1/2 Uhr das Gesandtschaftspalais.

— In unterrichteten Kreisen verlautet dem „Z. M.“ zufolge, als Nachfolger Stephans sei

lediglich Unterstaatssekretär Dr. Fischer in sichere Aussicht genommen.

— Der Berliner Polizeipräsident v. Windheim und der Chef der Kriminalpolizei von Hülsem sind von ihrer Studienreise gestern hier wieder eingetroffen.

— In dem Auswanderungsgesetzentwurf, der nach den Osterferien im Reichstage zur weiteren Beratung gelangen wird, ist bekanntlich die Erleichterung einer besonderen Auskunftsstelle für Auswanderer nicht vorgesehen. Die Regierung hat davon Abstand genommen, weil das Auswärtige Amt schon bisher an Auswanderungslustige Auskunftsstellen hat und dazu auch künftig in der Lage sein wird. Der Umfang dieser Thätigkeit des Auswärtigen Amtes wird jetzt bekannt. Nach einer in der Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs vorgelegten Statistik sind im Auswärtigen Amt in den Jahren 1895, 1896 und in den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres 281 Auskunftsstellen erteilt worden, wovon 16 Nordamerika, 21 Brasilien, 12 Argentinien, 13 das übrige Südamerika, 182 Südamerika, 26 Australien, 3 Kanada, 6 Japan und 2 Türkei einschließlich Ägypten betrafen. Man wird bei der Gesamtzahl im Auge haben müssen, daß der Kreis derjenigen Personen, welche danach Auskunftsstellen selbstständig beschreiben werden, größer ist. Auf einen Auswanderer, der um Auskunft bittet, kommen erfahrungsgemäß durchschnittlich 5 Familienmitglieder, die mit ihnen auswandern. Auch wurde in einer großen Zahl von Fällen in erkennbarer Weise die Auskunftsstelle noch für andere Personen, wie Freunde, Verwandte, Berufsgenossen des Wirtstellers erteilt. Diejenigen Auswanderungslustigen, welche sich an die Lokalbehörden direkt gewandt haben und von diesen auf Grund des ihnen vom Auswärtigen Amt in anderen Fällen mitgetheilten Materials selbstständig beschreiben worden sind, sind in der Zahl nicht mit einbezogen. Auch sind diejenigen Personen dabei unberücksichtigt geblieben, welche behufs Uebersiedlung nach den deutschen Schutzgebieten Auskunftsstellen erbitten und erhalten haben, weil diese ja keine Auswanderer sind. Auffallen in der Statistik wird die kleine Zahl von Auskunftsstellen über Nordamerika. Hierhin geht bekanntlich der bei weitem größte Theil der deutschen Auswanderung. Nach der Statistik hat es den Anschein, als würde diese Auswanderung vielfach nicht durch gehörige Auskunftsstellen vorbereitet. Auffallen wird aber auch ferner die verhältnismäßig große Zahl von Auskunftsstellen für Südamerika, wobei insbesondere Kapotonie, Transvaal und Natal, ferner Sibirien in Betracht kommen. Aus der Statistik geht zur Genüge hervor, daß diese Länder für die deutschen Interessen eine immer höhere Bedeutung gewinnen.

— Das vom Reichstage nunmehr endgültig angenommene neue Handelsgesetzbuch hat eine nach Erlass des Bürgergesetzbuchs aufgetauchte Streitfrage zur Entscheidung gebracht. Der § 69 des Bürgergesetzbuchs beruht auf der Voraussetzung, daß eine bisher vermehrte Rechtssicherheit, indem er bestimmt, daß von Personen, die in das Bürgerregister eingetragen sind, der sog. Differenzentwurf nicht erhoben werden kann. Es war nun zu beauptet worden, diese Bestimmung werde in Folge des § 764 des Bürgerlichen Gesetzbuchs außer Wirksamkeit treten und damit der Vorkath der Eintragung in das Bürgerregister theilweise fallen. Obwohl gegen eine derartige Auslegung des Bürgerlichen Gesetzbuchs überwiegender Gründe sprechen, so schien es doch erwünscht, etwaigen Schwankungen in der Rechtsprechung vorzubeugen. Zu diesem Zwecke hat im Artikel 14 des Einführungsgesetzes zu dem neuen Handelsgesetzbuch folgende Vorschrift Aufnahme gefunden: Die Vorschrift im § 69 des Bürgergesetzbuchs wird durch die Vorschrift des § 764 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht berührt.

— Die sächsischen Nationalliberalen, Konfessionen und der Kammerfortschritt beschloßen bei der nächsten Landtagswahlen wiederum zusammenzugehen. — Ueber den Verlauf der deutschen Restauration in Paris bezüglich der neuesten französischen „Erbverordnungen“ im Hinterlande von Togo berichten die „Berl. N. Nachr.“: „In Folge des deutschen Einspruches gegen die veränderte Eintheilung des Landes Gurma in das französische Nigerprotektorat hat die französische Regierung hierher den Wunsch zu erkennen gegeben, daß in Unterhandlungen über die endgültige Abgrenzung der fraglichen Landstriche eingetreten werde. Von hier aus ist die Vereinbarkeit beider Ansichten ausgesprochen worden. Weiter ist bisher nichts geschehen. Wenn aus Paris von der Einsetzung einer technischen Kommission zur Vorberathung der Frage berichtet wird, so nimmt man hier an, daß von Paris ein detaillierter Vorschlag gemacht werden wird. Seine Annahme ist sicher, und ihnen können die Verhandlungen beginnen. Das wäre der erste Schritt zu einer vollen Lösung der Landfragen im inneren Nigerbogen. Die Beratungen werden von einer gewissen grundsätzlichen Bedeutung sein, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die im vorigen Jahre eingeleiteten Verhandlungen zwischen England und Frankreich über die Gebiete westlich vom Niger ohne Ergebnis abgebrochen werden mußten.“

Bekanntlich werden von deutscher Seite ältere Ansprüche, als sie die Franzosen besitzen, in jenen Gebieten geltend gemacht. — Die „Deutsche Tageszeitung“ des Herrn von Bloß ereifert sich über das Einjährig-Freiwilligen-Gezugszeugnis und schreibt: Man andere die gesetzlichen Bestimmungen einfach so, daß das Freiwilligenzeugnis nur erteilt werden kann durch eine abgeschlossene Schulbildung, sei es, daß diese Bildung auf einem Gymnasium oder auf einer Realschule erreicht werde. Dann fällt die Erleichterung in den Mittelschulen der Gymnasien weg. Es wird ferner damit erreicht, daß jeder, der das Freiwilligenzeugnis bekommt, zugleich eine abgeschlossene Bildung erhält, und daß die Rücksicht auf das Freiwilligenzeugnis in Einklang gebracht werden muß mit der Berufswahl. Daß dabei die Freiwilligenprüfung und die Freiwilligenprüfung wegfallen müssen, ist klar und kein Unglaubliches. Man würde diesem Plane entgegenstehen können, daß dadurch wenig gebessert werde, da die Eltern, die nun einmal das Freiwilligenzeugnis auf jeden Fall erreichen wollten, nur die Wahl der Vorbereitungsstätten anders treffen würden. Das ist ja zugegeben, aber es ist ein großer Unterschied, ob mit dem Ziele des Zeug-

nisses zugleich eine Etappe zum Berufsziele erreicht wird oder die Erreichung dieses Zieles erst in Angriff genommen werden kann, nachdem jenes erreicht ist. Wenn damit gleichzeitig angebahnt würde, daß man sich endlich die thörichte Meinung abgewöhnte, als ob der „gewöhnliche“ Heeresdienst nur für die niederen Stände schade, so würde damit ein Vorurtheil aus dem Wege geräumt, das auf uns immer höchst peinlich gewirkt hat. Der Heeresdienst ist, mit oder ohne Schminke, eine Ehre, und wenn ein geschnitztes, hochnütziges Mutterbildchen oder ein merkwürdiger Pros aus der „goldenen Jugend“, dem seine Geistesmittel das Zeugnis nicht gestatten, das Kasernenleben gründlich kennen lernt, so kann ihm das nur nützen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. April. Im Gefolge des Kaisers Franz Josef auf seiner Reise nach Petersburg am 25. April werden sich der Minister des Äußern Graf Goluchowski, der außerordentliche Gesandte Freiherr v. Zwißel, der Sektionsrath im Ministerium des Äußern v. Mery, die Generaladjutanten General der Kavallerie Graf Paar und Feldmarschallleutnant v. Bolfras, drei Flügeladjutanten, der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte in Petersburg Generalmajor Klesch und verschiedene Personen der Militärkanzlei, der Kabinetkanzlei und des Oberhofmeistertisches befinden. Im Gefolge des mit dem Kaiser reisenden Erzherzogs Otto werden sich der Oberhofmeister Fürst von Montenuovo und der Oberkellner Graf Ledebur befinden.

Wien, 10. April. Der Minister des Äußern Graf Goluchowski hatte heute Nachmittag mit dem griechischen Gesandten Manos eine wichtige Unterredung. Gestern hat über das Ergebnis dieser Unterredung seiner Regierung sofort telegraphisch berichtet.

Wien, 11. April. Der Direktionrath des Landes-Agrarvereins beschloß, beim Bundes- und Kriegsministerium wegen der Zulassung von Soldaten zu Feldarbeiten im Falle eines Feldarbeiterstreikes zu petitioniren.

Frankreich.

Paris, 10. April. In der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer richtete der Abgeordnete Berry an den Justizminister die Frage, wie es mit dem weiteren Verlauf des Panama-Prozesses stehe. Er werde gegen die Verlegung der Kammer stimmen, bis Aufklärung in dieser Sache erfolgt sei. Redner betont, er stelle die Frage im Interesse seiner Kollegen, welche die Oesterreich nicht unter dem Verdacht der Theilnahme verbringen wollen. Ein anderer Abgeordneter versicherte, daß der Justizminister am 30. März erklärt habe, daß noch mehrere Mitglieder der Kammer kompromittirt seien, wobei der Justizminister aufforderte, Klarheit darüber zu schaffen und zu sagen, ob gegen weitere Mitglieder der Kammer Anklageanträge gestellt worden seien. Der Justizminister entgegnete, bis zur Stunde habe der Untersuchungsgericht bei dem Generalprokurator keine weiteren Strafanträge gestellt. Hiernach ging aus dem Hause ein Antrag ein, die Frage zu einer Interpellation zu machen, worauf die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt wurde.

Paris, 11. April. Gestern Abend um 10 Uhr wurde Bastillea, das ehemalige Faskotum Artons, diesem gegenübergestellt. Die Erklärungen Bastilleas stimmen mit denen Artons vollständig überein. Bastillea soll 25 Namen von Parlamentariern genannt haben, denen er im Auftrage Artons Geld überbracht habe. Ferner verlautet, Bastillea habe gegen einen Abgeordneten eine so schwerwiegende Anklage erhoben, daß gegen diesen beim Wiederauftritt der Kammer am 19. Mai jedenfalls die Genehmigung zur Strafverfolgung nachgefragt werden wird.

Paris, 11. April. Der Vize-Präsident der Kammer, Deschanel, hielt gestern in Roubaix vor 3000 Personen einen anti-sozialistischen Vortrag. Am Schluß des Vortrags wurden dem Redner von seinen zahlreichen Zuhörern große Ovationen dargebracht. Die Republikaner setzen Alles daran, um bei der heutigen Municipalratswahl den sozialistischen Gemeinderath zu besiegeln.

England.

In London hielt bei einem Festmahl zu Ehren des neuen Gouverneurs der Kapkolonie, Sir Alfred Milner, der Erste Lord des Schatzes, Joseph Chamberlain, in der er sagte, wenn Milner in der Kapkolonie echt englische Luft atmen wolle, solle er sich nach Simons Town, dem Standort des britischen Geschwaders, begeben. Dort werde er britische Seeleute, die Vertreter britischer Macht in Südafrika seien; sie würden Milner und den Einwohnern der Kapkolonie eine Bürgerpflicht dafür sein, daß England entschlossen ist, seine Suprematie in diesen Gebieten aufrecht zu erhalten, und sie würden zeigen, daß hinter dem Kommissar die ganze Macht des britischen Reiches steht. — Nach amtlichen Mittheilungen aus Manila haben sich an den verschiedenen Punkten des Aufständischen Gebietes insgesamt 11 000 Rebellen unterworfen.

Von der Marine.

Die drei Kreuzer III. Kl. „Marie“, „Diga“ und „Sophie“ sind aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen und unter die Schulschiffe verlegt worden, weil sie heute den modernen Schiffen anderer Nationen gegenüber keinen militärischen Werth besitzen. Es liegt dies in erster Linie an dem mangelnden Panzerstich und in zweiter Linie an der alten Armierung mit kurzen Kanonen. Eine Modernisirung dieser Schiffe, welche schon vor 16 bis 17 Jahren vom Stapel gelaufen sind, wäre nicht nur unmöglich, sondern auch nur in sehr geringem Umfange ausgeführt werden, da man viele der hien für absolut nothwendig gehaltenen Kriegsschiffeinrichtungen, wie Panzerdeck, gepanzerter Kommandothurm, Schutz der Geschützbedienungsmechanismen durch Panzergehäuse, Zwillingsschrauben u. f. w. in diesen Schiffen nicht umbauen kann. Auch würden diese Schiffe, selbst, wenn die vorgenannten Einrichtungen bei ihnen angebracht werden könnten, ihrer geringen Geschwindigkeit wegen doch nur von mittelmächtigen Werften sein und eine sekundäre Rolle spielen müssen.

Die drei Schiffe der Diga-Klasse haben bei einer Länge von 69, und einer Breite von 31 m

